Dritte Beilage

zu Nr. 13 des schweizerischen Bundesblattes.

Mittwoch, den 4. April 1849.

Entwurf

eines

Bundesgesetzes über die Organisation und den
Geschäftsgang des schweizerischen Bundesrathes.

(28. März 1849.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen
Eidgenossenschaft,

um die Organisation und den Geschäftsgang des
Bundesrathes nach Maßgabe der Bundesverfassung vom
12. Herbstmonat 1848 zu ordnen und weiter zu entwickeln;
nach Einsicht des Vorschlages des Bundesrathes;

beschließt:

Erster Abschnitt. Organisation des Bundes- rathes.

Art. 1. Der Bundesrath ist die oberste vollziehende
und leitende Behörde der Eidgenossenschaft. Er besteht
aus sieben Mitgliedern, welche von der Bundesversamm-
lung aus allen in den Nationalrath wählbaren Schweizer-
bürgern auf eine Amtsdauer von je drei Jahren erwählt
werden und von denen nicht mehr als ein Mitglied dem

nämlichen Kantone angehören darf. Nach jeder Gesamt-erneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesamt-erneuerung des Bundesrathes statt.

Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächsten Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt. (Art. 83 u. ff. der Bundesverfassung.)

Art. 2. Wenn ein Mitglied des Bundesrathes in mehreren Kantonen das Bürgerrecht besitzt, so ist dasselbe mit Beziehung auf Art. 84 der Bundesverfassung als demjenigen Kantone angehörig zu betrachten, in welchem es zur Zeit der Wahl seinen ordentlichen Wohnsitz hatte; von seinen Bürgerrechten in den andern Kantonen darf es während der Zeit seiner Beamtung keinerlei Gebrauch weder für sich noch für seine Familie machen.

Art. 3. Blutsverwandte oder Verschwägerte bis zum Grade von Geschwisterkindern einschliesslich, sowie Ehemänner von Schwestern können nicht gleichzeitig Mitglieder des Bundesrathes sein. Auch darf ein solcher Verwandtschaftsgrad nicht zwischen den Mitgliedern des Bundesrathes und dem Kanzler, dem Staatschreiber, den obersten Beamten und den ersten Sekretären der Departemente bestehen.

Art. 4. Kein Mitglied des Bundesrathes darf eine andere Beamtung, sei es im Dienste der Eidgenossenschaft, sei es in einem Kantone bekleiden, noch irgend einen andern Beruf oder Gewerbe betreiben (Art. 85 der Bundesverfassung), oder durch andere Personen betreiben lassen.

Art. 5. Der Amtssitz des Bundesrathes, seiner Departemente und Kanzleien ist in Bern, woselbst alle diese Beamten zu wohnen haben.

Art. 6. Der Bundesrath hat einen Präsidenten, welcher den Titel „Bundespräsident“ führt, und letzterer hat einen

Stellvertreter mit dem Titel „Vizepräsident des Bundesrathes.“ Beide werden von der Bundesversammlung aus der Mitte des Bundesrathes je für ein Jahr gewählt und können, nach Beendigung ihrer Amtsdauer, vor Ablauf eines Jahres an die gleiche Stelle nicht wieder gewählt werden. Auch kann der abtretende Präsident für das nächste Jahr nicht zum Vizepräsidenten ernannt werden. (Art. 86 der Bundesverfassung.)

Art. 7. Der Bundespräsident oder in dessen Abwesenheit der Vizepräsident, und im Falle der Verhinderung desselben das nächstfolgende Mitglied, führt das Präsidium des Bundesrathes.

Durch Ersatzwahlen eingetretene Mitglieder folgen in der Rangordnung den früher gewählten Mitgliedern und sie treten nur bezüglich der Amtsdauer an die Stelle ihrer Vorgänger.

Art. 8. Den Sitzungen des Bundesrathes wohnt der Kanzler der Eidgenossenschaft mit einem Sekretär bei.

Der Kanzler hat in der Regel die beschlossenen Schreiben und Ausfertigungen zu verfassen und der Sekretär das Protokoll zu führen.

Art. 9. Der Bundesrath ist bevollmächtigt, den Departementen die erforderliche Anzahl von Sekretären und Kopisten zu bewilligen.

Art. 10. Zur Bedienung des Bundesrathes und der Departemente wird die erforderliche Anzahl von Weibern und Abwärttern angestellt.

Art. 11. Die sämmtlichen Angestellten und Bediensteten, mit Ausnahme derjenigen Beamten, deren Wahl, nach Art. 74, Ziffer 3 der Bundesverfassung, der Bundesversammlung zusteht, werden nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung vom Bundesrathe gewählt.

Bei diesen Wahlen ist jedes Mitglied des Bundesrathes zu Wahlvorschlägen berechtigt.

Zweiter Abschnitt. Allgemeine Befugnisse und Verrichtungen des Bundesrathes.

Art. 12. Der Bundesrath hat innerhalb der Schranken der Bundesverfassung und nach Maßgabe der Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse vorzüglich folgende Befugnisse und Obliegenheiten :

1) Er leitet die eidgenössischen Angelegenheiten, gemäß der Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse.

2) Er hat für Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes, sowie der Vorschriften eidgenössischer Konkordate zu wachen; er trifft zu Handhabung derselben von sich aus oder auf eingegangene Beschwerde die erforderlichen Verfügungen.

3) Er wacht für die Garantie der Kantonalverfassungen.

4) Er schlägt der Bundesversammlung Gesetze und Beschlüsse vor und begutachtet die Anträge, welche von den Räten des Bundes oder von den Kantonen an ihn gelangen.

5) Er vollzieht die Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die Urtheile des Bundesgerichtes, sowie die Vergleiche oder schiedsrichterlichen Sprüche über Streitigkeiten zwischen Kantonen.

6) Er hat diejenigen Wahlen zu treffen, welche nicht durch die Verfassung der Bundesversammlung und dem Bundesgericht oder durch die Gesetzgebung einer andern untergeordneten Behörde übertragen werden.

Er ernennt Kommissarien für Sendungen im Innern und nach Außen.

Er bestimmt die Besoldungen oder Entschädigungen aller dieser Sachverständigen, Beamten oder Kommissarien, so weit dieselben nicht gesetzlich geregelt sind.

7) Er prüft die Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Auslande und genehmigt dieselben, sofern sie zulässig sind (Art. 74, Z. 5 der Verfassung).

8) Er wahrt die Interessen der Eidgenossenschaft nach Außen, wie namentlich ihre völkerrechtlichen Beziehungen, und besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt.

9) Er wacht für die äußere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.

10) Er sorgt für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung.

11) In Fällen von Dringlichkeit ist der Bundesrath befugt, sofern die Räte nicht versammelt sind, die erforderliche Truppenzahl aufzubieten und über solche zu verfügen, unter Vorbehalt unverzüglicher Einberufung der Bundesversammlung, sofern die aufgegebenen Truppen zweitausend Mann übersteigen oder das Aufgebot länger als drei Wochen dauert.

12) Er besorgt das eidgenössische Militärwesen und alle Zweige der Verwaltung, welche dem Bunde angehören.

13) Er prüft die Gesetze und Verordnungen der Kantone, welche seiner Genehmigung bedürfen; er überwacht diejenigen Zweige der Kantonalverwaltung, welche durch den Bund seiner Aufsicht unterstellt sind, wie das Militärwesen, Zölle, Straßen und Brücken.

14) Er sorgt für die Verwaltung der Finanzen des Bundes, für die Entwerfung des Voranschlages und die Stellung der Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes.

Dringliche Ausgaben vorbehalten, soll das Budget nie überschritten, sondern in den erforderlichen Fällen bei der ersten Versammlung des National- und Ständerathes der nöthige weitere Kredit beantragt werden.

15) Er hat die Aufsicht über die Geschäftsführung aller Beamten und Angestellten der eidgenössischen Verwaltung.

16) Er erstattet der Bundesversammlung jeweilen bei ihrer ordentlichen Sitzung Rechenschaft, sowie Bericht über seine Verrichtungen, über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach Außen, und wird ihrer Aufmerksamkeit diejenigen Maßregeln empfehlen, welche er zur Beförderung gemeinsamer Wohlfahrt für zweckdienlich erachtet (Art. 9 der Bundesverfassung).

Art. 13. Der Präsident eröffnet alle an den Bundesrath gelangenden Eingaben, überweist dieselben an die betreffenden Departemente oder legt sie dem Bundesrath vor und sorgt für deren beförderliche Erledigung. Er hat das Recht, bei gleichgetheilten Stimmen zu entscheiden, und bei Wahlen, wie ein anderes Mitglied des Bundesrathes, seine Stimme abzugeben.

Art. 14. Um gültig verhandeln zu können, müssen wenigstens vier Mitglieder des Bundesrathes anwesend sein. (Art. 88 der Bundesverfassung).

Art. 15. Bei allen Schlußnahmen entscheidet die absolute Mehrheit der Anwesenden; zur Zurücknahme eines gefaßten Beschlusses aber wird eine Mehrheit von wenigstens vier Stimmen erfordert.

Art. 16. Kein Mitglied soll ohne Entschuldigung eine Sitzung des Bundesrathes versäumen. Urlaub für die Dauer einer Woche kann das Präsidium ertheilen, für

einen längern Urlaub ist die Zustimmung des Bundesrathes selbst erforderlich.

Art. 17. Ueber alle Verhandlungsgegenstände, mit Ausnahme der Wahlen, findet offene Abstimmung statt. Die Wahlen hingegen geschehen in der Regel durch geheime Stimmgebung.

Die Form der Behandlung der Geschäfte wird durch ein vom Bundesrathe zu erlassendes Reglement näher festgesetzt.

Art. 18. Bei Verhandlungen, an welchen ein Mitglied selbst, oder ein mit demselben Verwandter nach Maßgabe der im Art. 3 enthaltenen Beschränkungen, persönliches Interesse hat, ist das betreffende Mitglied zum Austritte verpflichtet.

Art. 19. Alle vom Bundesrathe ausgehenden Erlasse werden im Namen der Behörde, von dem Bundespräsidenten und dem Kanzler oder deren funktionirenden Stellvertretern unterzeichnet.

Dritter Abschnitt. Besondere Geschäftseinteilung.

1) Organisation der Departemente.

a. Allgemeine Vorschriften.

Art. 20. Die Geschäfte und Verwaltungszweige des Bundesrathes, welche besonderer Aufsicht, Vorberathung oder untergeordneter Verfügungen bedürfen, werden den Departementen zugewiesen. Letztere sind befugt, mit schweizerischen Regierungen und Beamten in unmittelbarem Verkehr zu treten, so weit dieses zur Behandlung ihrer Geschäfte erforderlich ist.

Art. 21. Streitige Kompetenzfragen zwischen den Departementen entscheidet der Bundesrath. Kommen Geschäfte vor, welche in den Bereich mehrerer Departemente einschlagen, so werden alle zum Berichte aufgefordert und der Bundesrath bezeichnet das Departement, welches den Hauptbericht erstatten soll.

b. Geschäfte der Departemente.

Art. 22. Zur Vorberathung und theilweisen Erledigung der Geschäfte, soweit letzteres besonders bestimmt wird, theilen sich die Mitglieder des Bundesrathes in sieben Departemente. Diese sind:

- 1) Das politische Departement.
- 2) Das Departement des Innern.
- 3) Das Militärdepartement.
- 4) Das Finanzdepartement.
- 5) Das Handels- und Zolldepartement.
- 6) Das Post- und Baudepartement.
- 7) Das Justiz- und Polizeidepartement.

Der Bundesrath nimmt alljährlich die Vertheilung der Departemente vor und jedes Mitglied ist gehalten, eines derselben zu übernehmen.

Für die Fälle von Abwesenheit und Verhinderung wird jedem Departementsvorsteher ein Stellvertreter bezeichnet.

Art. 23. Dem politischen Departement liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

1) Der Verkehr mit auswärtigen Staaten und deren Stellvertretern, die Abschließung von Staatsverträgen aller Art, wobei inzwischen bezüglich auf deren Inhalt die Mitwirkung der andern Departemente, in deren Geschäftskreis sie der Sache selbst nach gehören, vorbehalten ist.

2) Der Verkehr mit den Geschäftsträgern und Konsulen der Schweiz im Auslande.

3) Die Vermittlung des amtlichen Verkehrs zwischen Kantonen und auswärtigen Staatsregierungen oder deren Stellvertretern.

4) Prüfung derjenigen Verträge, welche die Kantone von sich aus mit ausländischen Behörden abzuschließen befugt sind.

5) Wahrung der Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit der Eidgenossenschaft gegen Außen im Allgemeinen, sowie der völkerrechtlichen Verhältnisse im Besondern.

6) Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung im Innern.

7) Ueberwachung und Regelung der Gränzverhältnisse zu dem Auslande.

Art. 24. Dem Departement des Innern liegt die Vorberathung und Beforgung folgender Geschäfte ob:

1) Die Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse über die Organisation und den Geschäftsgang der Bundesbehörden.

2) Ueberwachung der Bundeskanzlei und der Archive.

3) Die Gränz- und Gebietsverhältnisse der Kantone unter sich.

4) Die eidgenössische Universität und die polytechnische Schule.

5) Die freie Ausübung des Gottesdienstes der anerkannten christlichen Konfessionen und die Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen.

6) Das Maß- und Gewichtswesen.

7) Die Gesundheitspolizei bei gemeingefährlichen Seuchen.

8) Statistik der Schweiz.

Art. 25. Dem Militärdepartement liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

- 1) Die Organisation des Wehrwesens überhaupt.
- 2) Die Anordnung und Beaufsichtigung des dem Bunde obliegenden militärischen Unterrichts.
- 3) Die Ueberwachung der den Kantonen obliegenden militärischen Pflichten und Leistungen gegen den Bund, sowie der Kantonalgesetzgebung über das Wehrwesen.
- 4) Die Fürsorge für Vervollkommnung des Wehrwesens und der Verteidigungsmittel.
- 5) Anschaffung, Aufbewahrung und Unterhaltung des vom Bunde anzuschaffenden Kriegsmaterials.
- 6) Herstellung, Beaufsichtigung und Unterhaltung der eidgenössischen Befestigungswerke.
- 7) Die topographischen Arbeiten der Eidgenossenschaft, sowie der Kantone, so weit diese dem Bunde zur Ausführung oder zur Beaufsichtigung zustehen, nebst dem Stich der Karte der Eidgenossenschaft.
- 8) Wahlvorschläge in den eidgenössischen Stab.

Art. 26. Dem Finanzdepartement liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

- 1) Die organischen Bestimmungen über die Form der Finanz- und Kasseverwaltungen.
- 2) Die Verwaltung der eidgenössischen Fonds, sowie die Vorkehrungen für Darleihen und deren Ueberwachung.
- 3) Die Aufsicht über die Staatskasse und das gesammte Rechnungswesen der Eidgenossenschaft.
- 4) Das Münzwesen.
- 5) Die Pulververwaltung und die Zündkapsel fabrication.
- 6) Die Maßnahmen, betreffend die Bestimmung der

Geldskala und allfälliger Beiträge der Kantone an die Ausgaben der Eidgenossenschaft.

7) Die Ausfertigung des jährlichen Voranschlages und der Bundesrechnung.

Art. 27. Dem Departement des Handels- und Zollwesens liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

1) Beförderung des Handels- und Gewerbswesens im Allgemeinen, wozu der Verkehr mit den Handelskonsuln, soweit derselbe sich auf den Handel bezieht, gehört.

2) Handhabung des freien Verkehrs im Innern der Schweiz.

3) Handels- und Zollverträge mit dem Auslande.

4) Regulirung des Zollwesens. Ausmittlung der Entschädigungssummen an die Kantone für daherige Berechtigungen, welche vom Bunde übernommen werden.

5) Ueberwachung der den Kantonen zum Fortbezug überlassenen Gebühren.

6) Bezug der Gränzzollgebühren und Stellung gehöriger Ausweise.

7) Uebersichtliche Ausmittlung des Handels der Schweiz.

8) Beaufsichtigung des Bezuges der den Kantonen bewilligten Verbrauchssteuern.

Art. 28. Dem Post- und Baudepartement liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

a. Im Postwesen:

1) Die Organisation der gesammten Postverwaltung.

2) Die Leitung und Ueberwachung des Postdienstes in allen seinen Zweigen.

3) Die Abschließung von Fahr- und Lieferungsverträgen aller Art.

4) Die Anschaffung und der Unterhalt des erforderlichen Postmaterials.

5) Die Vorbereitung von Postverträgen mit dem Auslande und daherige Unterhandlungen.

6) Die Ausmittlung der Entschädigungen an die Kantone und an Privaten für Abtretung des Postwesens an den Bund.

b. Im Bauwesen:

1) Die Oberaufsicht über die Straßen und Brücken, so weit sie dem Bunde zusteht.

2) Die Errichtung öffentlicher Werke.

Art. 29. Dem Justiz- und Polizeidepartement liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

1) Die Ueberwachung der allseitigen genauen Erfüllung der Bundesverfassung und der Bundesgesetze im Allgemeinen, soweit dieselbe nicht andern Departementen übertragen ist.

2) Prüfung der Verträge zwischen den Kantonen.

3) Verfügungen bezüglich der Handhabung der bundesmäßigen Rechte des Volkes und der Bürger, wie der Behörden.

4) Die polizeilichen Geschäfte für das eidgenössische Gerichtswesen, so weit sie dem Bundesrathe zustehen.

5) Die Vollziehung bundesgerichtlicher Urtheile, der Vergleiche und schiedsrichterlichen Sprüche.

6) Die Prüfung von Kompetenzstreitigkeiten der Kantone mit den Bundesbehörden oder unter sich, sowie von Konflikten unter den Bundesbehörden selbst, von Streitigkeiten unter den Kantonen über Erfüllung von strafpolizei-

lichen und zivilrechtlichen Konkordaten, von Anständen bei der verlangten Vollziehung rechtskräftiger Zivilurtheile, sowie bei Arrestanlegungen.

7) Die Beforgung der eigentlichen polizeilichen Geschäfte, bezüglich des Niederlassungswesens, des Vereinsrechtes, der Presse, der Heimathlosen, der Fremden.

8) Die Handhabung der Polizei, soweit sie in der Berechtigung des Bundes liegt.

2) Bundeskanzlei.

Art. 30. Der Kanzler steht der Bundeskanzlei vor. Er wird von der Bundesversammlung auf die Dauer von drei Jahren, jeweilen gleichzeitig mit dem Bundesrath gewählt. Der Kanzler darf keinen andern Beruf oder Gewerbe treiben oder auf seine Rechnung betreiben lassen.

Art. 31. Der Kanzler hat einen Stellvertreter für Verhinderungsfälle, welcher gleichzeitig der erste Sekretär des Bundesrathes und nach dem Kanzler der oberste Beamte auf der eidgenössischen Kanzlei ist. Er führt den Titel „Staatschreiber der Eidgenossenschaft“ und wird vom Bundesrath je für eine Amtsdauer von drei Jahren ernannt.

Art. 32. Unter dem Kanzler und Staatschreiber stehen der Archivar und der Registrator der Eidgenossenschaft, welche ebenfalls vom Bundesrath auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden.

Art. 33. Wenn vor der Integralerneuerung in der Zwischenzeit für eine der verschiedenen Kanzlei-beamtenungen eine Wahl getroffen werden muß, so wird dieselbe nur für den Rest der Amtsperiode vorgenommen.

Art. 34. Die übrigen erforderlichen Kanzlei-angestellten ernennt der Bundesrath auf unbestimmte Zeit.

Bei offenbarer Pflichtverfäumniß können die vom Bundesrath gewählten Kanzleibeamten und Angestellten auch vor Ablauf der Frist, für welche dieselben gewählt worden sind, wieder entlassen werden.

Art. 35. Für die Ueberwachung der Bundeskanzlei und der Archive ist der Kanzler dem Vorsteher des Departements des Innern beigegeben und soll diesem dazu stets hülfreiche Hand leisten.

Art. 36. Der Kanzler besorgt die Herausgabe und Veröffentlichung der Bundesgesetze, Verordnungen und Beschlüsse der eidgenössischen Behörden.

Uebergangsbestimmung.

Art. 37. Die Amtsdauer des Bundesrathes, des Kanzlers, des Staatschreibers, des Archivars und des Registrators der Eidgenossenschaft geht das erstemal mit dem 31. Dezember 1851, diejenige des Bundespräsidenten das erstemal mit dem 31. Dezember 1849 zu Ende.

NOTE

des

Bundesrathes an Herrn de Boni, Abgeordneten
der römischen Republik.

Unterm 19. März richtete Herr de Boni, Abgesandter der römischen Republik, eine Zuschrift an den Bundesrath, in welcher die wohlwollende Aufnahme durch den Hren Bundespräsidenten verdankt, dabei aber noch der Wunsch ausgedrückt wurde, es möchte Herr Bovieri, Geschäftsträger des Papstes, verabschiedet, oder es möchten doch alle diplomatischen Verbindungen mit demselben abgebrochen werden,

weil derselbe der Repräsentant weder einer faktisch, noch rechtlich fortbestehenden Macht sei.

Der Bundesrath antwortete ihm hierauf Folgendes:

Bern, den 27. März 1848.

Lit.

Mit Ihrer Zuschrift vom 19. März h. a. stellen Sie an den schweizerischen Bundesrath das Gesuch, es möchte, da eine förmliche Anerkennung der römischen Republik nicht in seiner Kompetenz liege, einstweilen zum Zeichen freundschaftlicher Gesinnung der Geschäftsträger des Nuntius in Luzern verabschiedet oder der offizielle Verkehr mit ihm abgebrochen werden.

Der Bundesrath giebt sich die Ehre, Ihnen hierauf zu erwiedern, daß nach seiner Ansicht die förmliche Anerkennung einer Regierung und die Verabschiedung der Abgeordneten einer nicht mehr vorhandenen Regierung im engsten Zusammenhange stehen, und daß daher die eine Frage nicht ohne die andere gelöst werden kann. Durch eine förmliche Verabschiedung des Nuntius würde daher der Bundesrath offenbar dem Entscheide vorgreifen, welchen die oberste Bundesbehörde in dieser Sache zu fassen hat.

Was den Verkehr mit der Nuntiaturs betrifft, dessen Abbrechung Sie wünschen, so besteht gegenwärtig kein solcher, will man nicht als solchen einige Mittheilungen betrachten, welche der Pabst in neuerer Zeit an alle Regierungen gemacht hat, und die von unserer Seite unerwiedert geblieben sind. Auch wird der Bundesrath, bestehender Übung gemäß, keinen Verkehr eröffnen mit einer Regierung, die faktisch nicht existirt, und welche daher für die Erfüllung allfälliger Zusagen keine Garantie darbieten könnte.

Indem der Bundesrath daher glaubt, daß Ihrem Wunsche durch die bestehenden Verhältnisse und die hierseitige Uebung bereits entsprochen sei, benugt er diesen Anlaß, Sie seiner vollkommenen Hochachtung zu versichern.

(Folgen die Unterschriften.)

Dritte Beilage zu Nr. 13 des schweizerischen Bundesblattes. Mittwoch, den 4. April 1849.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1849
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	13
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	31.03.1849
Date	
Data	
Seite	258-258
Page	
Pagina	
Ref. No	10 000 048

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.